

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 35 (2016)
Heft: 68

Artikel: Mumbai und das Dorf der Mühlen : soziale Verdrängung im Kontext von Hindunationalismus und Bauspekulation
Autor: Lieberherr, Silva
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-780971>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mumbai und das Dorf der Mühlen

Soziale Verdrängung im Kontext von Hindunationalismus und Bauspekulation

Mumbai liegt auf einer Halbinsel und ist mit über zwanzig Millionen EinwohnerInnen die am dichtesten bewohnte Stadt der Welt. Mehr als die Hälfte aller Menschen lebt in Slums auf nur knapp zehn Prozent des Stadtgebietes. Immer mehr Menschen sind gezwungen, mit der ganzen Familie auf der Strasse zu leben. Mumbai ist Indiens Finanzmetropole und Dhara-
vi, der grösste Slum Asiens, befindet sich mittendrin. Unzählige kleinere Slums liegen verstreut zwischen Wohnkomplexen und an den Rändern der Stadt – derselben Stadt, in der Businessstycoons und Stars von Bollywoods Film- und Glamourindustrie beheimatet sind. Ein Haushalt im Slum hat ein durchschnittliches Einkommen von knapp hundert Franken pro Monat (Manish/Kumar 2016, 70). Über eine Milliarde Franken hat der Grossindustrielle Mukesh Ambani für einen extravaganten Turm bezahlt, den er für seine Familie bauen liess. Es ist die teuerste Privatresidenz der Welt und wurde zum Symbol für die extreme Ungleichheit in Mumbai.

Die jüngste Geschichte Mumbais zeigt, wie GrosskapitalistInnen und Konzerne ihre Macht ausbauen konnten und wie sie zusammen mit rechtskonservativen, religiös-identitären Parteien und dem organisierten Verbrechen diese Ungleichheit konsolidierten und verstärkten. Gepaart mit einer neoliberalen Stadtpolitik führte dies dazu, dass insbesondere MigrantInnen aus dem ländlichen Indien in immer prekäreren Verhältnissen leben und arbeiten müssen.

Nichts zeigt die Entwicklungen von Mumbai seit der Unabhängigkeit Indiens besser als das im Zentrum der Stadt gelegene «Dorf der Mühlen» – der Stadtteil Girangaon. Im 19. und 20. Jahrhundert standen auf diesen etwa 500 Hektar Land Textilfabriken der Baumwollindustrie und Mietskasernen der Arbeitskräfte. Daher hat der Stadtteil seinen Namen: Girangaon oder «village of mills», abgeleitet von der englischen Bezeichnung für Textilfabriken («textile mills»). Heute wachsen in Girangaon Wohntürme in die Höhe, der Stadtteil ist einer der teuersten Gebiete der Stadt, mit Einkaufszentren und Erholungsorten für diejenigen, die es sich leisten können. Girangaon erzählt die Geschichte vom Schicksal der indischen ArbeiterInnenklasse und davon, wer heute Mumbai regiert.

Starkes Klassenbewusstsein: rote Fahnen in Girangaon

Mumbai war lange Zeit eine der am stärksten industrialisierten Regionen Indiens. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liessen sich hier Textilfabriken nieder, welche die Baumwolle aus dem Umland verarbeiteten und verschifften. Die ArbeiterInnen kamen aus allen Gebieten des Landes nach Mumbai. Die meisten jedoch stammten aus dem Umland der Stadt. Viele flüchteten aus den von Dürre betroffenen Landesteilen vor Armut, Hunger und Unterdrückung. Tiefe Löhne in den Textilfabriken und fehlende öffentliche Transportmittel zwangen die ArbeiterInnen, nah bei den Arbeitsstätten und dicht aufeinander zu leben. Viele wohnten direkt neben den Fabriken in den winzigen Zimmern der lang gezogenen Mietskasernen mit ihren charakteristischen Veranden, die sich über alle Wohnungen erstrecken – den sogenannten «chawls». Für viele ArbeiterInnen gab es jedoch schon damals keinen Platz in solchen Unterkünften und sie mussten stattdessen in selbst gebauten Hütten leben. Es entstanden sprachlich und religiös gemischte Quartiere mit einem ausgeprägten sozialen Leben und einem starken Zusammenhalt und Solidarität unter den ArbeiterInnen. Mumbai wurde zu einer toleranten und lebendigen Metropole (Prakash 2011).

Während der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts mobilisierte die Unabhängigkeitsbewegung in Girangaon erfolgreich gegen die koloniale Unterdrückung durch Grossbritannien. In den 1920er- und 1930er-Jahren wurden die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei Indiens (CPI) unter den ArbeiterInnen der Textilfabriken immer stärker. Indem die GewerkschaftsaktivistInnen Klassenpolitik und lokale Kultur kombinierten, bauten sie eine starke Klassensolidarität und ein neues Klassenbewusstsein auf. Girangaon wurde bekannt für grosse Solidaritätsbewegungen, häufige Streiks und die rote Fahne, die in vielen Arbeitervierteln zu sehen war (Prakash 2011).

Die gewerkschaftlichen Aktivitäten in Girangaon gipfelten in den legendären Streiks der Jahre 1982 bis 1984, die achtzehn Monate dauerten. Nach den grossen Streiks stellten über die Hälfte der Fabriken ihren Betrieb ganz oder teilweise ein und mindestens 250 000 Menschen wurden entlassen. In anderen industriellen Gebieten der Stadt sah die Situation ähnlich aus. Als Folge stieg die Zahl der Menschen, die im informellen Sektor arbeiten mussten, sprunghaft an. Viele ehemalige FabrikarbeiterInnen begannen als StrassenverkäuferInnen zu arbeiten und nicht wenige mussten sich der «Mumbai-Mafia» anschliessen. Zur gleichen Zeit wuchs die Stadt weiter, vor allem durch MigrantInnen aus weiter entfernten Regionen des ländlichen Indien.

Die grossen Streiks fielen in eine Zeit, in welcher die Textilfabriken bereits geschwächt waren durch Misswirtschaft und die Konkurrenz von elektrischen Webstühlen, sogenannten «power looms». Die herkömmlichen grossen Textilfabriken waren kapitalintensiv und hatten eine organi-

sierte ArbeiterInnenschaft, die in Achtstundenschichten arbeitete. Sie konnten mit den neuen Betrieben mit elektrischen Webmaschinen nicht mithalten. Die ArbeiterInnenschaft war kaum organisiert und schob Zwölfstundenschichten zu einem sehr niedrigen Lohn. Diese Entwicklungen wurden vermutlich von den Grosskapitalisten selbst begünstigt: Es scheint durchaus möglich, dass sie die Stadtregierung so beeinflussten, dass diese bessere Bedingungen für die elektrischen Webstühle schuf. Dies hätte es den Fabrikbesitzern ermöglicht, ihre Textilfabriken zugrunde gehen zu lassen und stattdessen ihr Kapital und vor allem ihre grossen Grundstücke profitableren Geschäftsfeldern zukommen zu lassen (Bunsha 2007).

Identitäre Hetze der HindunationalistInnen

Mit dem Niedergang der Industrie gewann die nationalistisch-hinduistische und regionalistische Partei Shiv Sena an Macht und Einfluss. Sie forderte mehr Rechte für eine ethnisch-linguistisch definierte maharashtrische Bevölkerungsgruppe, in Abgrenzung zu den Zugezogenen aus entfernteren indischen Gebieten. Als maharashtrisch wird dabei eine hauptsächlich Marathi sprechende, hinduistische Bevölkerungsgruppe im Bundesstaat Maharashtra definiert. Ein harmloseres Beispiel von Shiv Senas Politik ist die Umbenennung der Stadt vom portugiesisch-englischen «Bombay» zu «Mumbai» in den 1990er-Jahren. Die Partei wollte so den kolonialen Beigeschmack des Stadtnamens loswerden und die angebliche Marathi-Identität der Stadt stärken. Im Laufe der Zeit betrieb Shiv Sena eine immer radikalere Hindu-nationalistische Politik, welche die Ausrichtung Indiens nach gewissen Regeln eines brahmanischen Hinduismus fordert. Diese religiös-nationalistisch aufgeladene Ideologie erleichterte es Shiv Sena, über die Grenzen von Maharashtra hinaus Allianzen zu schmieden – allen voran mit der rechtskonservativen indischen Volkspartei Bharatiya Janata Party (BJP), die Indien im Moment regiert.

Der Aufstieg der Shiv Sena in Mumbai hat viele Gründe. Zum einen war es der damals regierenden moderaten Partei Indian National Congress ein Dorn im Auge, dass der Einfluss der Kommunistischen Partei auf die wachsende Gewerkschaftsbewegung in Girangaon immer stärker wurde. Um die Linke zu schwächen und seine eigene Position wieder zu stärken, förderte der Congress die Hindu-nationalistischen regionalistischen Kräfte. Zum anderen verpassten es die Gewerkschaften, die unorganisierten ArbeiterInnen in den «power looms» für sich zu gewinnen und gewerkschaftlich zu organisieren. Der Untergang der Textilfabriken schwächte somit auch die Gewerkschaften (Sharma 2010, 75f.). Ein dritter Grund ist, dass das Klassenbewusstsein der ArbeiterInnen in Mumbais Textilfabriken zwar stark war, letztlich aber immer noch das

Kastensystem bestimmte, wo und wie die Menschen lebten und arbeiteten – auch innerhalb von Girangaon. Diese Hegemonie der Kasten wurde von den Gewerkschaften nicht erkannt. Nur so war es dem Congress schliesslich möglich, das Klassenbewusstsein und die Solidarität der ArbeiterInnenschaft durch eine Förderung Hindu-nationalistischer Ideologien zu schwächen.

Die Berufung auf eine maharashtrische Identität wuchs bereits während der Reorganisation der indischen Bundesstaaten in den 1950er-Jahren. Verschiedene politische Kräfte setzten sich damals für einen linguistisch einheitlichen maharashtrischen Bundesstaat mit Mumbai als Hauptstadt ein. Diese Betonung der maharashtrischen Identität prägte eine gefährliche Politik, welche diejenigen ArbeiterInnen, die aus nahen Gebieten eingewandert waren und Marathi sprachen, gegen die migrantischen Arbeitskräfte aus anderen Regionen aufhetzte. Neben der BJP, den Vorläufergruppen der Shiv Sena und Teilen des Congress begann sogar ein einflussreicher Teil der kommunistischen Bewegung alsbald, auf eine Mobilisierung von sprachlichen und regionalen Identitäten zu setzen. Dies alles öffnete die Tür für eine religiös-identitäre Mobilisierung der Arbeiterinnen und Arbeiter (Sharma 2010, 75f.; Prakash 2011). Und durch diese Tür trat schliesslich Bal Thackeray, der 1966 Shiv Sena gründete.

Shiv Sena begann gegen alle Nicht-MaharashtrierInnen – MigrantInnen aus Nord- und Südindien – sowie gegen Musliminnen und Kommunisten zu hetzen. Gedeckt durch PolitikerInnen des Congress und Besitzer der Textilfabriken gelang es Shiv Sena, die Macht der Kommunistischen Partei in Girangaon und anderen Gebieten Mumbais zu zerstören. So trieb sie beispielsweise einen Keil zwischen maharashtrische und nicht-maharashtrische Streikende, um deren Streiks in den 1980er-Jahren zu brechen. Ausserdem waren die Parteianhänger bekannt dafür, auf Motorrädern und mit wehenden, orangen Fahnen durch die Strassen zu fahren und Kommunistinnen sowie Gewerkschaftsbüros zu attackieren (Sharma 2010, 75f.; Prakash 2011).

Dies veränderte das Dorf der Mühlen. Arbeitslosigkeit, Armut und Gewalt nahmen zu und die Solidarität unter den ArbeiterInnen unterschiedlicher Herkunft und Religion bröckelte. In den Familien der FabrikarbeiterInnen, die früher gewerkschaftlich aktiv waren, gaben immer mehr junge, glühende Shiv-Sena-AnhängerInnen den Ton an, begeistert von deren direkten Aktionen und hetzerischen Reden. In den 1990er-Jahren schliesslich flammten ethnisch-religiöse Spannungen in der ganzen Stadt auf. Shiv Senas Politik hatte antimuslimische, regionalistische und xenophobe Ressentiments befeuert. Die Partei kombinierte ihren regionalistischen Chauvinismus mit der Ideologie der Hinduüberlegenheit und stellte Muslime als den Archetypen des Eindringlings dar. Bei den Ausschreitungen von 1993, bei denen in den Slums Mumbais Tausende MuslimInnen ihr Leben verloren, waren Anführer der Shiv Sena wichtige Akteure (Doshi 2013).

Immobilienkrise, Mafiabosse und «mill murders»

Ende der 1980er-Jahre steckte die Stadt Mumbai in einer politischen und ökonomischen Krise: Viele Menschen hatten keine oder nur informelle Arbeit, die Slums wuchsen, die Wirtschaft schrumpfte. Während die Textilfabriken nicht mehr profitabel waren, wurde die Immobilienspekulation immer gewinnträglicher. Angetrieben von Schwarzgeld und Korruption, wurde Mumbai zum Spielfeld für Immobilienhaie und die Baumafia. 1991 startete die indische Regierung eine neoliberale Politik, was vermehrt ausländisches Kapital nach Mumbai fliessen und die Profite im Immobiliensektor noch weiter ansteigen liess. In der Folge veränderte sich der Stadtraum rapide. Die Grundstücke, auf denen die Tuchfabriken und das Dorf der Mühlen standen, wurden zu teuren Spekulationsobjekten. Zwar hatte die Stadtregierung für die ehemaligen Fabrikgebiete und für Girangaon Regeln festgelegt, um deren Umnutzung zu kontrollieren – allerdings wurden die Umnutzungen dadurch auch legalisiert. Bei der Entwicklung neuer Grundstücke musste ein Drittel der Fläche für bezahlbaren sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, ein Drittel wurde für öffentliche Plätze reserviert und nur ein Drittel durfte privat genutzt werden. Diese Regeln hatten Schlupflöcher, die rege genutzt wurden, und so wuchsen in Girangaon fast ungehindert Einkaufszentren, Unterhaltungskomplexe und Wohntürme für Mumbais Eliten in die Höhe (Banerjee-Guha 2009, 103). Wo einst ArbeiterInnen wohnten, entstanden Luxuswohnungen, private Schwimmbäder und Tennisplätze. Im Jahr 2008 war das gesamte Gebiet nicht mehr wiederzuerkennen: Moderne Geschäftszentren mit globalen Konsumketten und Supermärkten sowie Gated Communities stehen nun da, wo früher Tausende eine Bleibe fanden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass einige grosse Mafiabosse in diese Entwicklungen involviert waren. Die Verstrickung von Baufirmen und Mafia zeigt sich am Fall der sogenannten «mill murders» aus den Jahren 1994 und 1997. 1994 wurde Sunit Khatau ermordet, ein Sprössling einer Familie von Textilfabrikbesitzern, die mittlerweile zu profitableren Geschäftszweigen gewechselt hatte. Die Umstände des Mordes wurden nie ganz geklärt, es ist aber klar, dass es um den Verkauf des familieneigenen Fabriklandes ging. Der Mord brachte ein dichtes Geflecht von Immobilienspekulanten, korumpierten Gewerkschaftsführerinnen und konkurrierenden Mafiagangs an die Oberfläche. 1997 wurde zuerst der mächtige Gewerkschafter Datta Samant erschossen – ob der Auftrag von konkurrierenden Gewerkschaften, von Gangs oder Fabrikbesitzern kam, wurde nie geklärt. Nur drei Monate später wurde erneut ein Fabrikbesitzer ermordet, wohl ebenfalls im Zusammenhang mit Streitigkeiten um Fabrikland. Diese «mill murders» zeigen, wie stark das organisierte Verbrechen mit dem Immobilienbusiness verstrickt ist (D'Monte 2002).

Die politische Krise und die Immobilienspekulation führten zu Verzerrungen des städtischen Wohnungsmarktes. Wohnraum wurde für die Mehrheit der Menschen in Mumbai unerschwinglich. Selbst Familien mit durchschnittlichem Einkommen, die sogenannte Mittelschicht, hatte kaum mehr Zugang zu regularisiertem Wohnraum – von den Millionen Menschen, die in Slums wohnten, ganz zu schweigen. Zwischen 1975 und 2000 stiegen die Immobilienpreise um 50 bis 150 Prozent pro Jahr – die allgemeine Teuerung betrug aber nur 10 bis 12 Prozent. Sogar in den Aussenbezirken verzehnfachten sich die Preise. Gleichzeitig blieben über ein Viertel der neugebauten Wohnungen zu Spekulationszwecken leer. Und die staatlichen Stellen, die für den sozialen Wohnungsbau zuständig wären, konkurrieren längst mit privaten Büros um die grössten Profite (Sharma 2010, 84).

McKinsey und die «Vision Mumbai»

Ende der 1990er-Jahre plante die Stadtregierung gemeinsam mit der Bundesregierung Maharashtras die weitere Entwicklung der Metropolregion: Mumbai sollte eine Finanz- und Dienstleistungsmetropole werden. Die Stadt sollte durch Anreize und gesetzliche Erleichterungen für den Privatssektor transformiert werden. Dabei waren den StadtplanerInnen und den Reichen die wachsenden Slums und die Kriminalität der kleinen Leute ein Dorn im Auge. 2003 entwickelte McKinsey & Company im Auftrag der Elite-NGO Bombay First die «Vision Mumbai». Gemäss dieser «Vision» sollte die Stadt innerhalb von zehn Jahren in eine Stadt von Weltklasse transformiert werden. Eine solche Transformation braucht Land – und einmal mehr rückte das Gebiet der Tuchfabriken und das Dorf der Mühlen in den Fokus. Die Klausel, die einst zumindest sozialen Wohnungsbau vorgesehen hatte, wurde ausser Kraft gesetzt und die meisten Leute aus den «chawls» im Dorf der Mühlen vertrieben (Banerjee-Guha 2009, 101ff.; Sharma 2010, 79ff.).

Die Vision Mumbai war das Fanal für marktbasierende Planungsmechanismen: Von nun an wurde die Stadtregierung bei Diskussionen um die Zukunft der Stadt immer mehr von mächtigen Unternehmensberatungsfirmen übertönt. Sogar die früher von der Stadtregierung organisierte soziale Infrastruktur sollte nun durch kompetitive Strategien gestellt werden. Diese beruhten auf Steuererleichterung und -anreizen für private Firmen, auf deregulierten Landnutzungsplänen sowie der Privatisierung und Deregulierung von Aufgaben der lokalen Verwaltung (Banerjee-Guha 2009, 101f.).

Neu an der Vision Mumbai war nicht, dass der Staat mit dem Kapital zusammenspannte, um sich Land anzueignen, sondern, dass diese Praktiken nun in die offiziellen Planungsdokumente der Stadt eingeschrieben wurden. Die Vision Mumbai legitimierte die neoliberalen Machenschaften als

ökonomische Regenerationskraft und verwischte die Grenzen zwischen dem Staat und der Wirtschaft weiter. Reiche konnten sich so immer grössere Teile des Stadtraums aneignen, der Raum wurde kapitalisiert und die arme Bevölkerung in die Randbezirke vertrieben (ebd., 102f.).

Umgestaltungen und gewaltsame Umsiedlungen

Die neoliberale Stadtpolitik führte zu einer Verlagerung der Auseinandersetzungen um Stadtraum: Im Rahmen der Vision Mumbai wurde eine interventionistische Strategie entworfen, um die armen Stadtviertel abzutrennen und zu ghettosieren. Die Slumbewohnerinnen, die Strassenverkäufer, die «pavement dwellers» (Gehsteigbewohner) und informellen Arbeiterinnen wurden aus dem öffentlichen Raum sowie aus reichen Vierteln vertrieben und in periphere Gebiete gedrängt. In zentralen Gebieten der Stadt setzten sich derweil wohlhabende Bürgerinnen für immer striktere Zonengesetze ein. Sie wollten die Stadt «verschönern» und forderten mehr öffentlichen Raum. Im Süden vom Mumbai zum Beispiel setzte eine ihrer NGOs durch, dass die Stadtregierung den Cross Maidan Park neu gestaltete: mit Joggingwegen und Kinderspielplätzen, Bäumen und Blumen, Brunnen und Bänken – alles geschützt durch eiserne Zäune. Die Medien, Architektinnen, Denkmal- und Umweltschützer lobten, dass der Platz nun wieder der «Öffentlichkeit» zugänglich sei. Dafür aber wurden Strassenverkäuferinnen verscheucht, Hütten zerstört und Menschen vertrieben, die an diesen Orten seit Jahrzehnten gewohnt hatten. Die NGO vertreibt die Menschen sogar vom Gehsteig rund um den Park, da ihre bloße Anwesenheit die Ästhetik des Parks störe (Jha/Kumar 2016, 71ff.).

Da SlumbewohnerInnen in der indischen Demokratie auch eine wichtige Wählerbasis stellen, versprechen viele Parteien in ihren Wahlprogrammen, die Slums zu regularisieren und deren Bedingungen zu verbessern. Trotz aller Kritik an Vertreibungen und Umsiedlungen sollte nicht vergessen werden, dass sich viele der SlumbewohnerInnen die Regularisierung und Verbesserung ihres Wohnraums wünschen (Anand/Rademacher 2011). Shiv Sena versprach im Wahlkampf 1995 beispielsweise, Mumbai zu verschönern, die Transportinfrastruktur zu verbessern, die Slums aufzulösen und regularisierten Wohnraum für vier Millionen SlumbewohnerInnen zu schaffen – und gewann damit die Wahlen. Die gleiche Shiv-Sena-Regierung schuf daraufhin eine Verordnung zur Aufwertung von Slums («Slum Rehabilitation Act»), auf welcher die heutige Slum-Politik aufbaut.

Die Verordnung ist ein neoliberales Projekt, das darauf abzielt, Slums zu verschieben, Räumungen zu vereinfachen, Menschen umzusiedeln und auf den damit gewonnenen Grundstücken Immobilien und Infrastruktur-

entwicklungen zu fördern. Dafür sieht sie Marktanreize für private Baufirmen vor, um die ehemaligen Slums kommerziell zu nutzen. Gleichzeitig setzt sie auf Verhandlungen mit den BewohnerInnen, um sie von Umsiedlungen zu überzeugen. Die Verordnung hatte durchaus progressive Aspekte und gab beispielsweise zum ersten Mal auch GehsteigbewohnerInnen ein Anrecht auf Umsiedlung in regulierte, bessere Wohngebiete.

Aber die Verordnung hatte einen grossen und wichtigen Haken: Als Stichtag für dieses Recht auf Wohnraum wurde der 1. Januar 1995 eingeführt. Alle, die nach diesem 1. Januar nach Mumbai gezogen waren – oder das Gegenteil nicht beweisen konnten – hatten keine Chance, regularisierten Wohnraum zu erhalten. Sie wurden ohne Umsiedlungsversprechen vertrieben. So liess dieses Programm gewaltsame Umsiedlungen im grossen Stil zu. Eine der grössten Slumräumungen der letzten Jahrzehnte geschah basierend auf dieser Verordnung. Durchgeführt hat sie aber nicht Shiva Sena, sondern die Congress-Partei, die 1999 wieder an die Macht kam: Im Winter 2004 liess die Stadtregierung in Mankhurd, das im sumpfigen Osten von Zentralmumbai liegt, Zehntausende Hütten zerstören. Über 300 000 Menschen wurden vertrieben. Das entspricht etwa eineinhalbmals der gesamten Einwohnerzahl von Basel-Stadt. Die damalige Regierung des Bundesstaates Maharashtra sah dies stolz als ersten Schritt zur Verwirklichung der Vision Mumbai (Doshi 2013, 851ff.).

In Mankhurd lebten früher vor allem Dalits (ehemalige Unberührbare) aus Maharashtra, später aber auch viele Nordinderinnen und Muslime. Mankhurd steht stellvertretend für die Tatsache, dass die Vertreibungen und Umsiedlungen im Rahmen der Vision Mumbai oft nach rassistischen Kriterien geschahen und die meisten der Vertriebenen nordindischer Herkunft oder muslimischen Glaubens waren – mehr, als dass dies durch den Stichtag 1. Januar 1995 erklärt werden könnte. Die Vertriebenen von Mankhurd gehören heute zu den militantesten und aktivsten Gruppen in Mumbai, die sich gegen Vertreibungen zur Wehr setzen (Doshi 2013, 857ff.).

Ethnische Diskriminierung und informelle Produktion

Die Situation der Slum- und GehsteigbewohnerInnen hat sich mit dem Wahlsieg einer Koalition aus Shiv Sena und der Bharatiya Janata Party (BJP) im Jahr 2014 keineswegs zum Besseren gewendet. Die Koalition versprach, eine hinduisierte, aber globale indische Stadt zu schaffen, indem sie Eindringlinge eliminiert – Muslime, Nordinderinnen, Gehsteigbewohner. Shiv Senas ehemaliger Anführer Bal Thackeray fasste das so zusammen: «Wir wollen unsere Probleme nicht dadurch vergrössern, dass wir noch mehr Immigranten in unsere Stadt lassen. Wir müssen das System in dikta-

torischer Manier säubern – das ist der einzige Weg.» (Hansen 2001, 208) Die Kategorien «Nordinderin», «Pakistani», «Bangladeshi» vermischen sich durch diese religiös-identitäre Politik immer stärker mit Kategorien wie «Muslime» oder «Terroristen» (Doshi 2013, 85off.).

Diese Diskurse drohen zu verstecken, dass in Mumbai auch weiterhin produziert wird – allerdings zu einem grossen Teil informell. In Slums wie Dharavi stapeln sich auf kleinstem Raum Tausende von kleinen Fabriken, Sweatshops und Läden: Töpferei, Maschinenteile, Recycling und Reparatur, Nahrungsmittel, Lederarbeiten oder Kleiderproduktion – oft für internationale Labels. Dharavi ist ein Beispiel dafür, wie die heutige kapitalistische Produktion auf ein stetes Angebot an billigen Arbeitskräften aus ländlichen Gebieten angewiesen ist (Jha/Kumar 2016, 75). Viele Menschen, die diese Arbeiten machen, können es sich nicht einmal leisten, in Dharavi zu wohnen.

Während sich im Dorf der Mühlen die Wut über die Wohnverhältnisse noch als Widerstand gegen die Fabrikbesitzer geäussert hat, manifestiert sie sich im neoliberalen Mumbai heute zunehmend als Gewalt und Exklusion von ethnischen Minderheiten.

Literatur

- Anand, Nikhil/Rademacher, Anne, 2011: Housing in the Urban Age: Inequality and Aspiration in Mumbai. In: *Antipode*, 43(5), 1748–1772
- Banerjee-Guha, Swapna, 2009: Neoliberalising the «Urban»: New Geographies of Power and Injustice in Indian Cities. In: *Economic and Political Weekly*, 44(22), 95–107
- Bunsha, Dionne, 2007: Powerloom Prison. *New Internationalist*, 399. newint.org/features/2007/04/01/workingtextiles (Abfrage 11.9.2016)
- D'Monte, Darryl, 2002: *Ripping the Fabric. The Decline of Mumbai and its Mills*. New Delhi
- Doshi, Sapana, 2013: The Politics of the Evicted: Redevelopment, Subjectivity, and Difference in Mumbai's Slum Frontier. In: *Antipode*, 45(4), 844–865
- Hansen, Thomas Blom, 2001: *Wages of Violence: Naming and Identity in Postcolonial Bombay*. Princeton
- Jha, Manish/Kumar, Pushpendra, 2016: Homeless Migrants in Mumbai – Life and Labour in Urban Space. In: *Economic and Political Weekly*, 51(25–26), 69–77
- Prakash, Gyan, 2011: *Mumbai Fables*. New Delhi
- Sharma, R. N., 2010: Mega Transformation of Mumbai: Deepening Enclave Urbanism. In: *Sociological Bulletin*, 59(1), 69–91



Niklaus Scherr. Nur noch für die Miete schaffen...? 125 Jahre Zürcher Mieterbewegung (1891 – 2016), 160 Seiten, CHF 15, ISBN 978-3-033-05887-3
Bestellungen: www.mieterverband.ch

«Nur für den Zins noch schaffen, da wär'n wir schöne Affel!» textete 1932 das Zürcher Mieter-Aktionskomitee etwas holprig zum Mieterstreik. Die Kampfparole taugt trotzdem als Klammer für das mittlerweile 125 Jahre dauernde Engagement der Zürcher Mieterbewegung.

Auf der Basis einer umfassenden Archivrecherche zeichnet Niklaus Scherr die Gründerjahre, den Aufbau der ersten Wohnbaugenossenschaften, die Mieterkämpfe der 1920er- und 30er-Jahre, die tiefgreifenden und langanhaltenden staatlichen Interventionen und den Kampf um die dauerhafte Ergänzung des privaten Mietvertragsrechts durch soziale Schutznormen nach. Niklaus Scherr ist ein Beteiligter, der nicht nur dokumentiert, sondern auch Stellung bezieht. Das zeichnet seine Geschichte der Zürcher Mieterbewegung aus.